

Bündnis fordert mehr Nachhaltigkeit in NRW nach Corona

Dortmund (epd). Ein Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen fordert von der NRW-Landesregierung, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit in Zeiten nach Corona stärker zu fördern. „Ohne Gegenmaßnahmen werden sich die bestehenden sozialen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten durch die Corona-Krise weiter verstärken“, heißt es in einem am Montag in Dortmund veröffentlichten Memorandum des Fachforums Nachhaltigkeit NRW. Zu den 15 unterzeichnenden Organisationen gehört etwa das Eine-Welt-Netz NRW, das Institut für Kirche und Gesellschaft der westfälischen Kirche und der Nabu NRW.

Die Autoren des Memorandums nennen dabei die Bereiche Kinderarmut, Obdachlosigkeit, mangelnde Bezahlung für Sorgearbeit, Ausbeutung in internationalen Lieferketten, Höfesterben und Steuerflucht. Zudem dürften die „Helden der Krise“, also die Angestellten in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Lebensmittelgeschäften oder im Nahverkehr, nicht länger zu den schlecht Verdienenden gehören, fordert das Bündnis, das von der LAG 21 NRW koordiniert wird. „Das muss sich ändern“, schreiben die Mitglieder und bieten der Landesregierung Beratung und Unterstützung an. Zu dem Bündnis gehört auch das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (Möwe) der westfälischen Kirche, die Gewerkschaft ver.di und die Verbraucherzentrale NRW.

Konjunkturprogramme müssten sich an einer nachhaltigen Entwicklung orientieren und zudem auf den Klimaschutz hinwirken, fordert das Bündnis. Dazu zählten der frühestmögliche Kohleausstieg, eine Mobilitätswende, eine Reduzierung der Luft- und Wasserverschmutzung und eine umweltverträgliche Landwirtschaft.

Die Staatsverschuldung aufgrund von Corona dürfe nicht vor allem ärmere Menschen treffen, schreibt das Bündnis und spricht sich für die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer aus. Dafür solle sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzen. Zudem benötigten auch Initiativen und Kommunen einen Schutzschirm. Ein Gemeinnützigkeitsrecht könne zudem mehr politisches Engagement für mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit ermöglichen.

Menschliche Grundrechte und -bedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Wasser dürften nicht dem freien Markt unterworfen sein. „Viele Privatisierungen müssen vor diesem Hintergrund überdacht werden“, schreiben die Mitglieder. Staatshilfen an Unternehmen müssten an überprüfbare Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden, etwa an den Deutschen Nachhaltigkeitskodex.